

**Beschluss des Kantonsrates
zum dringlichen Postulat KR-Nr. 330/2022 betreffend
Strategische Kontrolle über die AXPO stärken**

(vom

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 4. Oktober 2023 und der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 2. Juli 2024,

beschliesst:

I. Das dringliche Postulat KR-Nr. 330/2022 betreffend Strategische Kontrolle über die AXPO stärken wird als erledigt abgeschrieben.

II. Es wird folgende, vom Bericht des Regierungsrates abweichende Stellungnahme abgegeben.

Minderheitsantrag Franziska Barmettler, Thomas Anwander (in Vertretung von Ruth Ackermann), Sarah Fuchs, Andreas Hasler, Florian Meier, Sonja Rueff, Benjamin Walder (in Vertretung von David Galeuchet):

II. Es wird keine abweichende Stellungnahme abgegeben.

Zürich, 2. Juli 2024

Im Namen der Kommission

Der Präsident: Der Sekretär:
Andreas Hasler Daniel Bitterli

* Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt besteht aus folgenden Mitgliedern: Andreas Hasler, Illnau-Effretikon (Präsident); Ruth Ackermann, Zürich; Ueli Bamert, Zürich; Franziska Barmettler, Zürich; Markus Bärtschiger, Schlieren; Sarah Fuchs, Meilen; David Galeuchet, Bülach; Felix Hoesch, Zürich; Rosmarie Joss, Dietikon; Florian Meier, Winterthur; Ueli Pfister, Egg; Sonja Rueff, Zürich; Daniel Sommer, Affoltern a. A.; Paul von Euw, Bauma; Urs Wegmann, Neftenbach; Sekretär: Daniel Bitterli.

Abweichende Stellungnahme

Der Regierungsrat erläutert in seiner Antwort zum dringlichen Postulat, weshalb er gegen eine Einsitzname des Regierungsrates im AXPO-Verwaltungsrat ist. Primär aus Compliancegründen sowie aus Gründen von unterschiedlichen Interessen (Wirtschaftlichkeit des Unternehmens vs. konstanter Stromversorgung).

Die Unterstützenden der abweichenden Stellungnahme teilen die Haltung des Regierungsrates nicht. Für sie ist die AXPO ein wichtiger Grundpfeiler des Service public. Deshalb gewichten sie beispielsweise die sichere Stromversorgung des Kantons höher als allfällige gewinnbringende Investitionen (im Ausland). Entsprechend erwarten sie von den Zürcher Mitgliedern im AXPO-Verwaltungsrat, dass sie diese Grundhaltung teilen und vor allem auch die Zürcher Gesetze sowie insbesondere die darin enthaltenen Vorgaben zur AXPO-Beteiligung einhalten.

Regierungsräte leisten ein Amtsgelöbnis beim -antritt, dass sie die Zürcher Verfassung und Gesetze einhalten. Entsprechend kennt man ihre «Grundlage», nach welcher sie die Anliegen der Zürcher Bevölkerung vertreten sollen. Dies ist bei «externen» Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräten nicht der Fall. Die heutigen Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte nehmen einfach im Rahmen von institutionalisierten Treffen mit Mitgliedern des Regierungsrates zur Kenntnis, was die Position des Kantons Zürich ist.

In diesem Zusammenhang ist es auch unverständlich, wenn der Regierungsrat nun Mitglieder für den Verwaltungsrat sucht, die einen stärkeren Bezug zum Kanton Zürich und ein ausgeprägteres politisches Gespür haben. Denn dies ist ja gerade die Forderung der Postulantinnen und Postulanten und eben dies wäre mit Mitgliedern des Regierungsrates selbstverständlich gegeben.

Dass dies heute nicht gegeben ist, sah man sinnbildlich beim Verkauf von 49,9% der Netzbeteiligungen (Swissgrid) an die Pensionskasse des Kantons Zürich. Denn dabei wurde der Grundsatz, dass das Stromnetz im Besitz der öffentlichen Hand sein muss, nicht beachtet, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits klar war, dass dies in der Eigentümerstrategie festgeschrieben werden wird.

Zuletzt ist der grosse Vorteil aber vor allem, dass Vertreterinnen und Vertreter des Regierungsrates viel besser in die Politik vernetzt sind. Somit können sie Anliegen der AXPO und des Kantons Zürich direkt auch in die nationale Politik hineinbringen. Vor allem sind Regierungsräte aber auch im stetigen Austausch mit der kantonalen Politik. Somit wäre die kantonale Politik durch die direkten Kontakte besser informiert über die Geschehnisse innerhalb der AXPO, da die zuständigen Regie-

rungsräte jederzeit Rede und Antwort stehen könnten. Das verstärkt die Oberaufsicht des Kantonsrates und somit schlussendlich über die AXPO selber.

Aus diesem Grund halten die Unterstützerinnen und Unterstützer der abweichenden Stellungnahme an ihrer ursprünglichen Forderung fest und erwarten, dass der Regierungsrat diesbezüglich aktiv wird bei der nächsten Zürcher Vakanz im Verwaltungsrat der AXPO.